

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5368

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5368



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

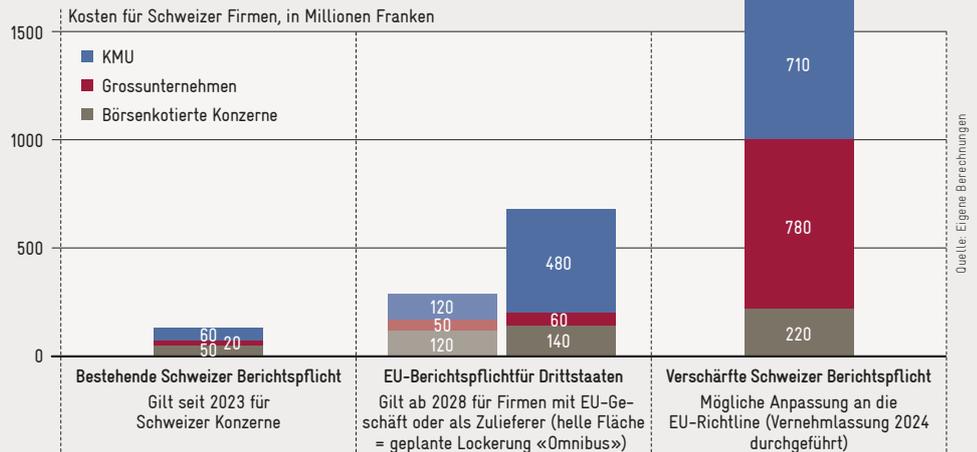
Teure Nachhaltigkeitsbürokratie

Die geplante Angleichung der Schweizer ESG-Berichtspflichten an die EU-Richtlinie würde Kosten in Milliardenhöhe verursachen – auch zulasten von KMU.

Ausgangslage

Der Bundesrat prüft, ob die Schweizer ESG-Berichtspflichten (Environmental, Social, Governance) an die europäische «Corporate Sustainability Reporting Directive» (CSRD) angeglichen werden sollen. Die hiesige Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ist erst seit Anfang 2024 in Kraft, nun steht bereits eine deutliche Ausweitung im Raum – mit tieferen Schwellenwerten, hunderten zusätzlichen Datenpunkten und externer Prüfung. Währenddessen wird die Richtlinie in der EU selbst scharf kritisiert und dort wohl deutlich abgeschwächt. Nicht zuletzt, um kleinere Unternehmen zu entlasten.

Die Nachhaltigkeitsberichtspflicht verursacht hohe Kosten



Bei Übernahme der EU-Nachhaltigkeitsberichtspflicht entstünden Schweizer Firmen jährliche Kosten von bis zu 1,7 Mia. Franken. Betroffen wären nicht nur Grossunternehmen, sondern auch zahlreiche KMU.

Facts

1,7 Mrd. Fr.

Bei Übernahme der EU-Richtlinie könnten die jährlichen Kosten für Schweizer Firmen auf bis zu 1,7 Milliarden Franken steigen. Zum Vergleich: Die heutige Schweizer ESG-Regulierung kostet die Unternehmen jährlich rund 130 Millionen Franken.

■ Kosten auch ohne Übernahme

Selbst ohne Übernahme der EU-Richtlinie entstehen Schweizer Unternehmen mit EU-Tochtergesellschaften oder als Zulieferer von EU-Firmen erhebliche Mehrkosten: ab 2028 rund 680 Millionen Franken jährlich. Der geplante Bürokratieabbau in der EU («Omnibus») könnte diese Belastung auf etwa 290 Millionen Franken senken.

■ Belastung für KMU

Die EU-Richtlinie wirkt weit über internationale Konzerne hinaus. Betroffen wären auch Schweizer Zulieferer und Geschäftspartner, die Teil der Lieferketten sind – darunter viele KMU.

■ Voreiliges Vorgehen

Während die EU über Entlastungen diskutiert, steht in der Schweiz weiterhin die Übernahme der ursprünglichen Richtlinie zur Diskussion – ohne völkerrechtliche Verpflichtung. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten haben die Regelung zudem noch gar nicht umgesetzt.

■ Ungeklärter Nutzen

Transparenz bei der Nachhaltigkeit ist wichtig, doch entscheidend ist die Wirkung, nicht die Seitenzahl. Ob zusätzliche ESG-Pflichten messbar zu Umwelt- und Gesellschaftsnutzen beitragen, ist offen. Eine Evaluation fehlt bislang ebenso wie die Diskussion über effizientere Alternativen.

Empfehlungen

Zusätzliche Pflichten treffen besonders **exportorientierte Branchen** – und das in einem ohnehin schwierigen globalen Umfeld. Bevor die Schweiz ihre ESG-Berichtspflichten verschärft, sollte sie **Wirkung und Nutzen** der bestehenden Regeln **überprüfen**. Eine vollständige Übernahme der EU-CSRD würde Milliardenkosten

verursachen, **ohne dass ein klarer Mehrwert belegt ist**. Gefragt ist Augenmass: internationale Standards anerkennen und nur dort anpassen, wo der nachweisliche Nutzen die Kosten rechtfertigt. Wo dies nicht der Fall ist, ist wie in der EU auch **Bürokratieabbau angebracht**.

